

„Künftige Auszahlungen sind unbestimmbar“

Interview. Pensionsexperte Bernd Marin über die desaströse Entwicklung der Privatvorsorge, die Notwendigkeit staatlicher Renten und über das Weiterarbeiten in der Pension.

profil: Angenommen, Sie wären noch einmal dreißig: Könnten Sie sich für das von der österreichischen Regierung beschlossene private Pensionsvorsorgemodell erwärmen, bei dem sechzig Prozent des Kapitals in heimische Aktien mit Kapitalgarantie angelegt werden soll?

Marin: Also, dreißig möchte ich nicht mehr sein, schon gar nicht heute. Für eine Zusatzvorsorge sollte man mit dreißig, aber auch mit fünfzig sorgen, vor allem, wenn wegen eines guten Einkommens die Pensionslücke sehr groß ausfallen könnte. Ob das Regierungsmodell von der Bevölkerung angenommen wird, hängt wohl von der konkreten Ausgestaltung der Finanzprodukte ab. Die Bausparvertragsmentalität lässt für Österreich aber einige Mitnahmeeffekte erwarten.

profil: Ist es nicht fragwürdig, gerade jetzt ein aktienabhängiges Modell ins Leben zu rufen?

Marin: Diese Unsicherheit ist ein Merkmal jeder kapitalgedeckten Pensionsvorsorge, weil das Kapitalmarktrisiko eben immer durchschlägt. So kann die Höhe der Pension sehr viel stärker vom Zeitpunkt des Pensionsantritts und der Periode des Bezugs als von der Höhe der Einzahlungen abhängen. Zwei gleich hohe Sparleistungen können zu ganz unterschiedlichen Erträgen und Rentenzahlungen

führen. Es kommt zwar leider auch in unserem Umlageverfahren vor, dass ein Euro kein Euro und ein Beitragsjahr kein Beitragsjahr ist, je nachdem, von wem es wann geleistet wurde, „politisches Roulette“ und fairnesswidrige Manipulationen wären hier aber grundsätzlich vermeidbar. In „funded systems“ sind künftige Auszahlungen aus den geleisteten Einzahlungen grundsätzlich unbestimmbar.

profil: Hat diese Art der Vorsorge Zukunft? Und ist sie überhaupt eine clevere Alternative?

Marin: Als Ergänzung ja, als Alternative nein. Ich habe immer für eine „Versicherungspartnerschaft“, eine Ergänzung des Umlageverfahrens durch den Ausbau kapitalgedeckter Vorsorge im betrieblichen und privaten Bereich, plädiert. Das könnte durch die neuen Mitarbeitervorsorgekassen und durch zusätzliche private Vorsorge be-

gonnen werden. Erst ein Zusammenspiel von Generationen- und Versicherungsvertrag erlaubt maximale Effizienz bei minimalen Risiken des Gesamtsystems: Umlage ermöglicht mehr sozial- und familienpolitische Gestaltung, reagiert aber empfindlicher auf kollektive Alterung und Wertschöpfungsrückgang, Kapitaldeckung erlaubt mehr individuelle Wahlfreiheit und ist robuster gegenüber demografischen Schocks, aber schmerzlicher in ihren Kürzungen bei zunehmender Lebenserwartung und Erwerbsunterbrechungen. Außerdem anfälliger auf höhere Inflation. Am besten ist also eine Kombination beider Verfahren.

profil: Warum soll man sich überhaupt noch auf ein staatlich gestütztes Vorsorgemodell einlassen?

Marin: Zur staatlichen Altersvorsorge gibt es keine reelle Alternative, weil auch ein voll kapitalgedecktes System von wirtschaftlichen und demografischen Faktoren beeinflusst wird. Ein vollkommener Umstieg würde

durch die Doppelbelastung einer Generation, die bestehende Verpflichtungen erfüllen und gleichzeitig einen Kapitalstock zur Eigenvorsorge aufbauen müsste, praktisch nicht durchführbar sein.

profil: Welches Vorsorgemodell erscheint Ihnen im internationalen Vergleich am zukunftsträchtigsten?

Marin: Wir könnten vom Nachbarn Schweiz ebenso lernen wie von den Pensionsreformen im Sozialstaat Schweden, bei der Philosophie ebenso wie im Verfahren.

profil: Wie planen Sie selbst Ihre Altersvorsorge?

Marin: Am meisten setze ich – neben der Grundsicherung – auf die vierte von vier Säulen der Altersvorsorge, nämlich Teilzeit-Weiterarbeiten auch im Pensionsalter. Außerdem könnte ich durch die Mitarbeitervorsorgekasse erstmals eine kleine Zusatzpension kriegen. Die Privatvorsorge hat sich natürlich in den letzten Jahren desaströs entwickelt, daran denke ich derzeit lieber gar nicht. ■

Interview: M. Werthmüller



Bernd Marin, 54,

Executive Director des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien, Berater internationaler Organisationen, Unternehmen und NGOs sowie Autor von Publikationen in zahlreichen Sprachen, veröffentlichte 1999 gemeinsam mit Christopher Prinz von der OECD das Buch „Pensionsreformen“. Er warnte schon damals davor, dass die Zeit knapp werden würde, um die erforderlichen Gegensteuerungen in Sachen staatlicher Pensionsvorsorge durchzuführen.